

2.6 Würdevoll alt werden: Pflege

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 Ziel grüner Politik ist es, Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuschieben und die Selbstständigkeit
2 älterer Menschen möglichst lange zu erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen von Pflege
3 entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes
4 Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. (Schlüsselprojekt
5 *Lebendiges Dorf*) Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen sind ein barrierefreier
6 Öffentlicher Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten
7 entscheidend. (Schlüsselprojekte *Verkehr*)

8 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
9 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
10 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
11 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern, prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine echte
12 Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Außerdem
13 wollen wir den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. (Schlüsselprojekt *Sozialer
14 Wohnungsbau*) Unser Ziel ist, gute Rahmenbedingungen für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und
15 Pflegende zu schaffen.

16 **Neue Wege in der Pflege**

17 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
18 es 3,5%, in Brandenburg 4,5%). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch mehr alte und
19 sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine zurückgehende
20 Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger Pflegepersonal immer
21 mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen.

22 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da
23 die Zielgruppen vielschichtiger werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen
24 und religiösen Hintergründen, mit verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und
25 Bedürfnisse müssen auch im Alter berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie
26 und mit wem sie leben und wie sie gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende
27 Wohnformen und solidarische Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen
28 werden wir unterstützen. Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ)
29 stärken, die sich um den Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und
30 Pflegenetzwerke wollen wir ausbauen. (Schlüsselprojekt *Gute Pflege*)

31 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

32 Die pflegerische Arbeit ist äußerst belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch anstrengend, die
33 Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85% der Beschäftigten sind Frauen. Der Krankenstand ist weit über
34 dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bundesweit nur bei 8,4 Jahren.
35 Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig, die Fortbildungs- und
36 Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen unterschiedlichen Mindestlohn
37 in West- und Ostdeutschland (10,55 EUR vs. 10,05 EUR), die Teilzeitquote liegt zwischen 53% und 75%.
38 Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.

39 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
40 der Pflege deutlich verbessern. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land

41 Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer
42 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über
43 Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der
44 Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Weiterhin setzen wir uns für eine
45 vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine Ausbildungsvergütung ein. Das Angebot einer
46 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten. (Schlüsselprojekt *Gute Ausbildungs- und*
47 *Arbeitsbedingungen*)

48 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
49 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

50 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

51 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
52 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
53 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

54 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

55 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
56 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
57 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
58 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
59 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
60 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
61 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
62 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
63 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

64 **Lebensende in Würde**

65 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
66 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
67 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

68 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Mit
69 Bundesratsinitiativen wollen wir für eine Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit
70 analog zur Elternzeit, sowie eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches
71 Rentenrecht in Ost und West eintreten. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der
72 Pflege ein, damit klar geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann.